

ESSAY

Steinzeit-Ökologen

Warum das Klima nur mit mehr Wachstum zu retten ist
 Von Alexander Neubacher

Die Steinzeit ist nicht aus Mangel an Steinen zu Ende gegangen. Vor rund 5000 Jahren kam einer unserer Vorfahren auf die Idee, Kupfer und Zinn zu verschmelzen; das war's dann für die Steinzeit, die Bronze-Ära brach an.

Daran sollten wir denken, wenn uns nächste Woche die melodramatischen Appelle aus Rio de Janeiro erreichen, die Horrorstories vom Ende des Ölzeitalters, die Legende von den Grenzen des Wachstums, die apokalyptischen Schilderungen der drohenden Klimakatastrophe.

Also: Die Steinzeit ging nicht zu Ende, weil alle Steine aufgebraucht waren; die Ära der Pferdefuhrwerke war nicht vorbei, weil plötzlich die Gäule ausstarben. Und so dürfte auch das Zeitalter der fossilen Brennstoffe nicht wegen zu wenig Öl, Gas und Kohle zu Ende gehen, sondern dadurch, dass den Menschen etwas Neues, Besseres einfällt.

Die Welt hat ein Klimaproblem. Darüber besteht Einigkeit, ebenso darüber, dass es nur durch weltweite Zusammenarbeit gelingen wird, es zu lösen. Weil sich die klimaschädlichen Kohlendioxid-Moleküle aus den fossilen Brennstoffen gleichmäßig über den Globus verteilen, spielt es keine Rolle, wer sie in die Luft bläst. 20.000 Politiker, Funktionäre und Öko-Aktivistinnen aus der ganzen Welt werden deshalb nächste Woche zum Weltgipfel nach Brasilien reisen, an sich keine schlechte Sache.

Das Problem bei der globalen Umweltbewegung aber besteht darin, dass sie weniger darüber nachdenkt, wie das Neue in die Welt kommt, sondern, im Gegenteil, darüber, wie es sich verhindern lässt. Es müsste um Wachstum und Innovationen gehen, stattdessen ist die Rede von „Vorsorge“ und „Nachhaltigkeit“, womit im Grünsprech einiger Umweltfreunde Verzicht und Fortschrittsfeindlichkeit gemeint sind. Die Rio-Konferenz wird deshalb wohl genauso ergebnislos enden wie der vergangene Klimagipfel in Durban, bei dem die Fachleute nächtelang über die Frage stritten, ob sie nun „rechtlich verbindlich“ oder „mit Rechtskraft“ ins Protokoll schreiben.

Fortschrittliche Technologien sind nur dann zuzulassen, wenn ihre Harmlosigkeit bewiesen ist. So lautet das Vorsorgeprinzip, das die Teilnehmer der ersten Rio-Weltkonferenz vor 20 Jahren zur Leitschnur ihres Handelns erklärten. Hätte es einen solchen Besorgnisgrundsatz schon früher gegeben – unser Leben sähe anders aus. Dass sich Schutzimpfungen gegen Masern oder Röteln gegen das Vorsorgeprinzip niemals durchgesetzt hätten, darf bezweifelt werden: zu gefährlich. Die Röntgentechnik: irre risikant. Elektrizität: Finger weg. Oder der Flugverkehr: nach der Doktrin der Restrisikovermeidung undenkbar. Womöglich säßen

wir Menschen noch immer mit nacktem Hintern in einer Höhle im Neandertal und schlugen unserem Kind den zufällig aufgefundenen Feuerstein aus der Hand. Nicht, dass es sich verbrennt.

Und dann gibt es da noch das Nachhaltigkeitsprinzip. Es findet sich ebenfalls im Protokoll der ersten Rio-Konferenz und hat eine nicht minder beeindruckende Karriere als das Vorsorgeprinzip gemacht. Alles muss heute irgendwie nachhaltig sein, unsere Ernährung, unser Einkaufsverhalten und sogar unsere

Banken wie die Hypo Real Estate, die sich in ihrem Geschäftsbericht unter der Überschrift „Nachhaltigkeit“ dazu bekannte, „Verantwortung gegenüber der Gesellschaft zu übernehmen“, und zwar just in jenem Jahr, in dem sie vom Steuerzahler mit einem Milliardenbetrag gerettet werden musste.

Das Problem ist, dass der Vorsorge- und der Nachhaltigkeitsgedanke nicht auf der ganzen Welt geteilt werden, insbesondere nicht in jenen Ländern, auf die es jetzt ankommt. Chinesen, Inder und Brasilianer gieren nach Wachstum und Fortschritt. Während die EU demnächst alle Gefriertruhen vom Markt drängen will, die nicht das neueste Ökosiegel tragen, wären viele Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern froh, wenn sie überhaupt einen Kühlschrank besäßen.

Die erste fundamentale Fehleinschätzung der Steinzeit-Ökologen

ist, dass die fortschritthungrigen Staaten bereit sein werden, auf Wachstum zu verzichten, wenn wir nur lange genug auf sie einreden und genügend Druck aufbauen. Und der zweite, dahinterliegende Irrtum lautet, dass ein solches Verhalten für die Umwelt von Vorteil wäre.

Wer sich mit Umweltschützern unterhält, mit Greenpeace, dem BUND oder den Vertretern von Attac, wird schnell darüber aufgeklärt, dass das kapitalistische Wachstumsmodell nicht auf die Schwellen- und Entwicklungsländer übertragen werden dürfe, weil sonst die Erde kollabiere. Es herrscht großes Misstrauen gegenüber der Wirkungskraft der Marktwirtschaft. Die Erinnerung an die katastrophalen Umweltzustände in der Sowjetunion und in der DDR ist offenbar verblasst. Wer weiß denn noch so genau, dass die Ost-Industrie bei der Produktivität damals gerade mal 20 Prozent des Westniveaus erreichte, beim Energieverbrauch aber 120 Prozent und beim Schwefeldioxidaustritt sogar etwa 1000 Prozent?

Am besten, die Dritte Welt bliebe rückständig. So deutlich spricht es zwar niemand aus. Aber der in Teilen der Öko-Szene beliebte Plan, den Schwellenländern ein CO₂-Kontingent zuzu-



Umweltaktivisten in Cancún 2010

Zur Leitschnur unseres Handelns wird der Besorgnisgrundsatz.

teilen, um es ihnen dann abkaufen zu können, läuft auf eine solche Sedierung hinaus. Die armen Länder sollen die Welt mit Treibhausgasen verschonen; von uns würden sie stattdessen fürs Nichtstun bezahlt – ein Modell, dass sich mit den Stilllegungsprämien und dem sogenannten Sofamelker in der EU-Landwirtschaftspolitik bereits etabliert hat.

Ein andere Idee sieht vor, einen Öko-Zoll auf Importgüter zu erheben, wenn diese unseren Vorstellungen von einer nachhaltigen Produktionsweise nicht genügen. Auf diese Weise ließe sich nicht nur dem nicht nachhaltigen Wirtschaftswachstum in den ärmeren Ländern ein Riegel vorschieben. Gleichzeitig würde die heimische Industrie vor unliebsamer Konkurrenz beschützt: Öko-Imperialismus pur.

Würde der Umwelt damit geholfen? Nein, im Gegenteil. Die grüne Anti-Wachstums-Ideologie schadet der Umwelt. Die Vorstellung, wir könnten den Drang der Schwellen- und Entwicklungsländer bremsen, ist nicht nur unrealistisch, sondern kontraproduktiv.

Es braucht ein gewisses Maß an Wohlstand, damit sich die Bevölkerung eines Landes für Ökologie interessiert. Wer ums Überleben kämpft, hat andere Sorgen als die Größe seines CO₂-Fußabdrucks. „Sind nicht Armut und Not die größten Umweltverschmutzer?“, sagte Indiens damalige Ministerpräsidentin Indira Gandhi, als die Vereinten Nationen 1972 in Stockholm ihre erste Umweltkonferenz abhielten. „Wir wollen die Umwelt keineswegs weiter verschlechtern, doch wir können nicht für einen Moment die grausame Armut einer großen Zahl von Menschen vergessen. Die Umwelt kann unter den Bedingungen der Armut nicht verbessert werden.“

Wirtschaftswissenschaftler etwa der ETH Zürich haben empirisch untersucht, welche Entwicklungsstufen Länder nehmen, wenn das Bruttoinlandsprodukt wächst. Es zeigt sich, dass mit steigendem Wohlstand zunächst die Umweltzerstörung zunimmt. Doch ab einem gewissen Wohlstandsniveau ändert sich die Situation. Die Menschen sehen die verdreckten Flüsse, die verstopften Straßen und die verpestete Luft als Ärgernis an. Sie sehnen sich nach mehr Lebensqualität. Umweltschutz rückt näher ins Zentrum der Politik. Die Wirtschaft verändert sich; Dienstleistungsbranchen verdrängen die schmutzigen Industrien. Bei Gewässern lässt sich der Zusammenhang zwischen Umwelt und Wirtschaftskraft gut beobachten. Erst verschmutzen die Flüsse und die Seen. Doch ab einem gewissen Wohlstandsniveau werden sie wieder sauber.

Experten der Weltbank kommen zu dem Ergebnis, dass die Hürde je nach Schadstoff bei einem Bruttoinlandsprodukt von etwa 8000 Dollar pro Kopf liegt. In China wurde dieser Wert kaufkraftbereinigt 2011 überschritten. Tatsächlich treibt die Regierung das Thema Umweltschutz voran. Die Luft in Peking und Shanghai wird sauberer. Auf anrührende Weise sind die Menschen bemüht, die Natur in die malträtierten Städte zurückzuholen. Die Randstreifen an den Straßen sind mit Blumen und Büschen bepflanzt; entlang den Stadtautobahnen stehen Blumenkästen.

Dazu passt, was die Uno-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung FAO über die Entwicklung der Wälder herausgefunden hat: „Wir beobachten, dass es mit dem Wald immer dann aufwärtsgeht, wenn Länder anfangen, sich zu industrialisieren und ihre Landwirtschaft zu intensivieren“, so die FAO. In Asien

nimmt die Waldfläche derzeit stark zu, trotz steigender Bevölkerungszahlen. China forstet Millionen Hektar jährlich auf.

Die Frage ist nun, ob die Theorie auch für den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids gilt. Kritiker wenden ein, dass steigende Wirtschaftsleistung automatisch mit höherem Energieverbrauch einhergehe, was zwangsläufig zu mehr CO₂-Emissionen führe.

Doch dieser Einwand ist falsch. Deutschland ist dafür der beste Beleg. Seit der Wiedervereinigung ist es gelungen zu zeigen, dass Wirtschaftswachstum nicht automatisch zu mehr Treibhausgasen führen muss. Wir haben es geschafft, mit weniger Ressourcen mehr Wohlstand zu erwirtschaften. Das Bruttoinlandsprodukt stieg seit 1990 inflationsbereinigt um 30,7 Prozent, während der Ausstoß von klimaschädlichem CO₂ um etwa 26 Prozent sank. 1990 wurden hierzulande noch 8,7 Gigajoule Primärenergie verfeuert, um 1000 Euro zu erwirtschaften. 2010 waren es nur noch 6,2 Gigajoule. Die Energieproduktivität stieg demnach um fast 40 Prozent, ein beträchtlicher Fortschritt. Man stelle sich ein Auto vor, das früher mit einer Tankfüllung von Hamburg bis nach München fuhr und es heute mit der gleichen Spritmenge bis nach Mailand schafft.

Hinter dieser Entwicklung steckt auch die Sanierung der Ex-DDR. Die schrottreifen Ost-Kraftwerke verschwanden ebenso wie die stinkenden Trabis, die Kohleöfen in den unsanierten Altbauwohnungen und die maroden Fabriken. Die enormen Effizienzgewinne der ersten Jahre nach der Wiedervereinigung sind heute nicht mehr zu erzielen. Aber wir können davon ausgehen, dass in der Industrie, im Verkehr und in unseren Wohnungen und Häusern noch immer gewaltige Effizienzreserven stecken.

Die Öko-Bewegung sollte sich daran gewöhnen, Fortschritt und Wachstum nicht als Problem, sondern als Lösung für ihre Umwelt-sorgen zu betrachten. Der Eiffelturm in Paris ließe sich heute problemlos mit 2000 Tonnen Stahl statt mit 7000 Tonnen bauen. Vor hundert Jahren produzierte ein Bauer gerade genug Lebensmittel, um vier Menschen zu ernähren. Heute erntet ein moderner Mähdrescher pro Tag so viel Weizen, dass es für eine

halbe Million Brote reicht. Ein modernes Auto dürfte selbst bei voller Fahrt weniger krebserregende Schadstoffe freisetzen als 1970 ein geparktes Auto durch die Lecks in seinen Leitungen, wie der britische Wissenschaftler Matt Ridley ausgerechnet hat.

Es wäre hilfreich, wenn sich das Verhältnis der Öko-Szene zur Marktwirtschaft entspannte. Es ist ja richtig, dass Märkte ihre Fehler haben, wenn es um Gemeingüter wie Luft und Wasser geht. Doch es gibt effiziente Instrumente wie den Emissionshandel, um diese Probleme zu lösen. Es ist nicht nötig, eine Art Öko-Diktatur zu errichten, wie es etwa der von der Bundeskanzlerin Angela Merkel eingesetzte Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen nahelegt.

Je schneller die Schwellen- und Entwicklungsländer wirtschaftlich aufholen, desto eher werden sie bereit sein, mit uns über Klimaschutz zu verhandeln. Der technische Fortschritt spielt uns dabei in die Hände, zumal er sich mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Chinas und Indiens beschleunigen wird. Und so würden schließlich auch Wissenschaftler aus Peking und Mumbai dazu beitragen, dass das fossile Zeitalter zu Ende geht, indem ihnen etwas Neues, Besseres einfällt. ◆



Chinesisches Kohlekraftwerk

Es ist nicht nötig, eine Öko-Diktatur zu errichten, wie es Merkels Berater nahelegen.